

Kulturpolitik in der Türkei



Prof. Dr. Asu Aksoy, unabhängige Wissenschaftlerin für Kulturpolitik und Kulturmanagement, Expertin des Compendiums of Cultural Policies and Trends für die Türkei

Bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Mai 2023 erhielt die AKP zusammen mit ihren Koalitionspartnern erneut die Mehrheit im Parlament und verschaffte Präsident Recep Tayyip Erdoğan seine dritte Amtszeit. Die Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) regiert das Land seit 2002. In diesen einundzwanzig Jahren hat die AKP auf die Einführung eines neuen politischen Systems hingearbeitet, des so genannten »Präsidentialregierungssystems«, in dem der Präsident als Oberhaupt der Exekutive mit mehr Befugnissen ausgestattet ist als die Legislative. Die Macht des Parlamentes wurde geschwächt, und das demokratische System der gegenseitigen Kontrolle wurde erheblich untergraben. Dieser Wandel wurde 2017 nach einem nationalen Referendum über eine Verfassungsänderung vollzogen. Die Ministerien wurden dem Amt des Präsidenten unterstellt, und der Präsident ist befugt, Minister und wichtige Generaldirektoren zu ernennen oder zu entlassen.

Zentralisierung der Entscheidungsprozesse

Der Präsident und das Ministerium für Kultur und Tourismus haben eine zentralisierte und interventionistische Kulturpo-

litik eingeleitet. So wurden die Gründungsgesetze teilautonomer staatlicher Kultureinrichtungen wie der Staatstheater, der Staatsoper und des Staatsballetts für ungültig erklärt und ihr Status rechtlich / institutionell per Präsidentialerlass auf das Ministerium übertragen: Die begrenzte Autonomie, die diese staatlichen Kultureinrichtungen seit ihrer Gründung in den späten 1940er Jahren genossen hatten, ist damit verloren. Darüber hinaus wurden neue, übermächtige öffentliche Verwaltungsbehörden geschaffen, die das Management der wichtigsten Kulturerbestätten übernehmen sollen. Die neuen Verwaltungsbehörden für die historischen Stätten der Dardanellenkriege, Gallipoli und die Welterbestätte Kappadokien sind Beispiele dafür. Dabei handelt es sich um teilautonome Verwaltungen mit weitreichenden Befugnissen, die die Rolle der lokalen Regierungen und anderer lokaler öffentlicher Einrichtungen erheblich untergraben.

Ein weiteres Beispiel für den direkten zentralen Eingriff ist die Übernahme der Staatlichen Schlösserverwaltung durch die Präsidentschaft. Die Nationale Palastverwaltung, die früher beim Parlament angesiedelt war, ist nun befugt, neue Museen zu gründen und

die Verwaltung bestehender Museen zu übernehmen, die bisher von öffentlichen Einrichtungen betrieben wurden. Insgesamt werden die staatlichen Kunstinstitutionen, die bisher eine gewisse Autonomie genossen, in die Verwaltung des Ministeriums für Kultur und Tourismus eingegliedert und somit dessen Regelungen unterworfen. Im Bereich des Kulturerbes und der Museen werden mächtige neue Behörden geschaffen, die durch gezielte Gesetze und die Autorität des Kulturministeriums gestützt werden, um die Hauptziele der neuen Präsidentialverordnung zu erreichen.

Kultur als Instrument der Förderung des Images und Tourismus

Die Ziele des umgestalteten Kulturregimes sind vor allem auf die Förderung des Images des Landes ausgerichtet, wobei auch die Stärkung der lukrativen Tourismuswirtschaft eine wichtige Rolle spielt. Das Ministerium für Kultur und Tourismus verfügt nun über größere Befugnisse bei der Erschließung von Tourismusgebieten in Schutzgebieten wie Wäldern, Naturgebieten und Küstenregionen, bei der Privatisierung von öffentlichem Eigentum zu touristischen Zwecken und bei der Entwicklung von öffentlich-privaten Partnerschaften im

lokalen Tourismusmanagement. Entsprechend dieser neuen Prioritäten wurden im Jahresbericht 2022 des Ministeriums besonders Projekte im Zusammenhang mit dem Tourismus, der Restaurierung von Kulturgütern, den archäologischen Arbeiten, dem Bau »hochkarätiger« Kulturstätten und den vom Ministerium selbst organisierten »Türkiye Cultural Route Festivals« herausgestellt.

Kultur und Identität: »unsere nationale Kultur«

Kultur ist zum Schlüsselbereich geworden, der umgestaltet werden muss, um das Bild und die Identität widerzuspiegeln, die die AKP-Partei und -Regierung jetzt für das Land anstrebt. In seiner Eröffnungsrede zur 3. Nationalen Kulturversammlung am 3. März 2017 legte Präsident Erdoğan die Prioritäten der AKP dar. Er argumentierte, dass die bisher im kulturellen Bereich vorherrschenden Werte – die säkularen Werte früherer republikanischer (kemalistischer) Regierungen – der wahren Identität der Türkei und ihres Volkes eigentlich fremd seien. Von nun an sollte und würde das wichtigste kulturpolitische Ziel der Regierung darin bestehen, die so genannten »lokalen / einheimischen und nationalen« (yerli ve milli) kulturellen Werte wiederherzustellen und zu pflegen. Die kulturellen Werte, für die dieser »lokale / heimische und nationale« Schwerpunkt steht, sind konservativ, islamistisch und nationalistisch geprägt. Nur die kulturellen Aktivitäten, die mit »unserer nationalen Kultur« übereinstimmen, werden nun bevorzugt, im Gegensatz zu denjenigen, die »nicht zu unserem kulturellen Leben beitragen«.

Dieser polarisierende Diskurs bedient sich einer klaren Unterscheidung zwischen »uns« und »ihnen«. Er zielt auf die kulturellen Ideen und Werte des säkularen Establishments im Land und verwendet verurteilende Beschreibungen – »korrupt«, »ausländische Mentalität«, »Agenten des Westens« –, um kulturelle Werke zu charakterisieren, die als unpassend für »unsere nationale Sensibilität« angesehen werden. Ein wichtiger Aspekt dieser Initiative ist die Förderung von Familienwerten und Moral als wesentliche Bestandteile des Nationalcharakters und die Dämonisierung von Werten, die als familienfeindlich gelten, insbesondere von Werten der LGBTQ+-Gemeinschaft.

Zunehmende Einschränkung der Meinungs- und Kunstfreiheit

Dieses zielgerichtete Streben nach kultureller Hegemonie beinhaltet eine erhebliche Zensur und Unterdrückung kultureller Ausdrucksformen, die als konträr zu konservativen oder nationalistischen Empfindungen wahrgenommen werden. In der Türkei ist der Status quo der Redefreiheit und der kulturellen Meinungsäußerung inzwischen kritisch. Strafrechtliche Artikel über Verleumdung oder zum Beispiel die Verletzung öffentlicher moralischer Werte werden genutzt, um Druck auf künstlerische Äußerungen auszuüben. Zensurentscheidungen bei öffentlichen Konzerten und künstlerischen Veranstaltungen haben zugenommen. Die Gründe für die Zensur sind stets vage oder ideologisch – es werden entweder Gründe der »öffentlichen Sicherheit« oder der »moralischen Werte der Gesellschaft« angeführt. Künstler, Kulturschaffende, Journalisten, Schriftsteller, Akademiker und Menschenrechtsverteidiger werden zunehmend in ihrem Recht auf freie Meinungsäußerung bedrängt und sind der Gefahr von Strafverfolgung, Untersuchungshaft und Gefängnis ausgesetzt. Am auffälligsten ist die Verfolgung des Menschenrechts- und Kulturaktivisten Osman Kavala, der sich nun im sechsten Jahr in Haft befindet, obwohl der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte 2019 seine sofortige Freilassung angeordnet hat. Osman Kavala wurde im Oktober 2023 von der Parlamentarischen Versammlung des Europarats mit dem Vaclav-Havel-Menschenrechtspreis ausgezeichnet. Zensur kann durch Gerichtsentscheidungen oder behördliche Anordnungen erfolgen – aber auch durch die Schaffung eines Klimas der Angst vor Strafverfolgung oder Verfolgung. Unabhängige Kulturakteure und -schaffende sehen sich zunehmend gezwungen, zur Selbstzensur zu greifen.

Kulturförderung als Instrument der Unterstützung »unserer nationalen Kultur«

Die Kulturförderung wird sowohl vom Staat als auch von der Privatwirtschaft vorgenommen. Auf nationaler Ebene ist das Ministerium für Kultur und Tourismus die dafür wichtigste zuständige Regierungsbehörde. Die staatliche Unterstützung für die Künste ist zunehmend auf die so genannte »nationale Kultur« und insbesondere auf die (Wieder-)Erfindung und Ausarbeitung konservativer Kunst ausgerichtet – Kunstformen, die die Verbreitung des islamischen und

osmanischen Kulturerbes unterstützen. Das Ministerium fördert mit fast der Hälfte seines Haushalts – 2022 waren es 42 Prozent – Aktivitäten, die unter dem Begriff »nationale Kultur« zusammengefasst werden. Das Ministerium ist verpflichtet, Projekte privater Theater sowie von Vereinen und Stiftungen, die in den Bereichen Kultur, Kunst, Tourismus und Werbung tätig sind, zu fördern. Das Ministerium verfügt auch über ein Förderprogramm für Produktionsfirmen von Filmen und Fernsehserien. Um gefördert zu werden, müssen sich private Theater bei der vom Ministerium eingerichteten Bewertungskommission bewerben – und es werden nur Theaterstücke türkischer Autoren berücksichtigt. Auch bei den eingereichten Drehbüchern müssen die vermittelten Werte den vom Staat bevorzugten kulturellen Bewertungskriterien entsprechen.

Situation der zivilgesellschaftlichen Akteure

In der Türkei gibt es kein Äquivalent zu einer unabhängigen oder teil-unabhängigen Organisation wie einem Arts Council zur Vergabe von Fördermitteln an die Zivilgesellschaft. Diese Rolle wird zunehmend von privatwirtschaftlich finanzierten, gemeinnützigen, philanthropischen Kunst- und Kulturorganisationen wie der Istanbul Stiftung für Kultur und Kunst (IKSV) übernommen, die ein wichtiger nationaler Akteur ist. Die Frage, inwieweit diese vom privaten Sektor finanzierten Kunstorganisationen ihre unabhängigen Positionen in einem Klima des Drucks auf die Meinungsfreiheit aufrechterhalten können und wie sie mit dem ständigen Problem der Kompromissfindung und Selbstzensur ihrer künstlerischen Entscheidungen umgehen, stellt sich immer wieder neu.

Kultur und ihre Rolle im neuen »Jahrhundert der Türkei«

Im Anschluss an die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im Mai 2023 kündigte Präsident Erdoğan das neue »Jahrhundert der Türkei« an, wie er es nannte. Dies ist Ausdruck einer Agenda, die darauf abzielt, das Image des Landes als aufstrebende Weltmacht neu zu gestalten. Der Name der Türkei wurde in der englischsprachigen internationalen Arena offiziell in »Türkiye« geändert, um dieses neue Image zu bekräftigen. In ihrem neoliberalen Gewand ist die AKP bestrebt, die Türkei als globales Touristenziel mit einem »modernen« Image zu etablieren. Gleichzeitig will die neue

Kulturpolitik eine gläubige islamische und konservative Identität kultivieren – so zum Beispiel die umstrittene Umwandlung des Hagia Sophia Museums in eine Moschee im Jahr 2020.

Im Mainstream der türkischen Kulturagenda ist also eine kraftvolle politische und wirtschaftliche Logik am Werk, die auf eine konservative und islamische Beeinflussung abzielt. Und sie ist äußerst entschlossen und gut ausgestattet.

Der Kampf für Pluralismus im öffentlichen Raum

Abschließend muss jedoch gesagt werden, dass es trotz des Bestrebens der AKP, die Identität des Landes auf der Grundlage der Agenda des »Heimischen / Lokalen und Nationalen« neu zu gestalten, bedeutende innovative Bemühungen nichtstaatlicher kultureller Akteure gibt – sei es auf zivilgesellschaftlicher, privater oder lokaler Ebene –, um der Vielfalt kultureller und künstlerischer Ausdrucksformen im öffentlichen Raum den dringend benötigten Raum und die notwendigen Möglichkeiten zu bieten.

Obwohl unabhängige Kulturinitiativen in einem zunehmend restriktiven Umfeld um das Überleben kämpfen, entstehen immer wieder neue Initiativen mit dem ausdrücklichen Ziel, die Widerstandsfähigkeit unabhängiger Kunst- und Kulturangebote zu stärken. Sie sind natürlich schlecht ausgestattet, aber sie betonen die Bedeutung des kulturellen Pluralismus im öffentlichen Raum.

Darüber hinaus sind die Kommunalverwaltungen und vor allem die von der größten Oppositionspartei, der säkularen Republikanischen Volkspartei (CHP), geführten Großstadtgemeinden in dieser Hinsicht von entscheidender Bedeutung. Die kommende Runde der Kommunalwahlen, die im März 2024 stattfinden soll, wird ein entscheidender nächster Schritt im andauernden Kampf zwischen säkularen Regierungsprinzipien auf der einen und der konservativen und islamischen Staatsagenda auf der anderen Seite sein. Es steht viel auf dem Spiel, insbesondere in den Metropolen Istanbul, Ankara und Izmir, in denen momentan die CHP die stärkste Kraft stellt und die die AKP unbedingt für sich gewinnen möchte. ■

Neues vom Compendium of Cultural Policies and Trends

Ulrike Blumenreich + Oliver Göbel

Künstlerische Freiheit

Vor dem Hintergrund der zunehmenden Bedrohung künstlerischer Freiheit hat das Compendium »Freedom of Artistic Expression« zum Jahresthema 2022/2023 gewählt, um die künstlerische Freiheit als grundlegendes Element der Kulturpolitik für die Erhaltung von demokratischen Gesellschaften wieder stärker in den Fokus zu rücken. Neben der Veröffentlichung von vier Themenpapieren (Definitionen, Instrumente, Bedrohungen) von Andreas Wiesand werden auf der Webseite zahlreiche Materialien zu Akteuren, Monitorberichten, Maßnahmen und Veranstaltungen bereitgestellt. Darüber hinaus wurde eine Umfrage zum Status quo der künstlerischen Freiheit in den Ländern Europas durchgeführt, deren Ergebnisse in Kürze ebenfalls auf der Webseite www.culturalpolicies.net verfügbar sein werden.

Teilnehmer*innen von drei Kontinenten aus Kulturpolitik, Forschung und den Künsten wurden Status quo, Herausforderungen und Good Practice-Beispiele zur Künstlerischen Freiheit, Kulturellen Diversität und Teilhabe sowie Kulturellen Demokratie diskutiert. Die Keynote von UN Special Rapporteur for cultural rights, Karima Bennouna, sowie zahlreiche weitere Konferenzmaterialien sind unter <https://www.culturalpolicies.net/2023/10/31/right-to-culture-conference-material/> abrufbar.

Im Kulturausschuss des Europarates

Das Compendium war zu Gast bei der 12. Plenary Session des Steering Committee for Culture, Heritage and Landscape (CDCPP) des Europarates in Straßburg. In der Kulturausschusssitzung am 16. November 2023 hat das Compendium-Team über seine Arbeit berichtet und seinen aktuellen



Internationale Compendium-Konferenz »Right to Culture« auf Malta, Foto: Darren Agius

Internationale Compendium-Konferenz »Right to Culture«

Korrespondierend zum Jahresthema fand die diesjährige internationale Compendium Konferenz mit dem Titel »Right to Culture« vom 5.-7.10. in Valetta in Kooperation mit dem Arts Council Malta statt. Gemeinsam mit 150

Themenschwerpunkt »Freedom of Artistic Expression« vorgestellt. Der CDCPP und Delegierte aus zahlreichen Ländern – u.a. Österreich, Luxemburg, Rumänien, Finnland und Norwegen – haben ihre große Wertschätzung für die Arbeit des Compendiums zum Ausdruck gebracht. ■